

Antragsbereich W / Antrag W1

AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern

W1: Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da!

Adressat*innen:

Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos

5

Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Parteitag SPD München, SPD Oberbayern und

10

SPD Bayern

15

Viele wirtschaftspolitische Debatten in der Bundesrepublik – und auch in der SPD und

20

bei den Jusos – drehen sich um die Frage nach Wachstum. Gerade im Zusammenhang mit

25

der sozial-ökologischen Transformation ist außerdem eine neue Position prominent

30

geworden, die unter dem Begriff “Degrowth” eine Schrumpfung der Wirtschaft fordert,

35

um planetare Grenzen einzuhalten und das Wirtschaften umweltverträglich zu machen.

40

45 Mit diesem Antrag wollen wir die Grundlage für eine klare Haltung zum Thema Wachstum

50 schaffen und damit die Debatte konstruktiv weiterbringen. Diese Position bezieht sich

55 auf die aktuell stattfindende Debatte um die sozial-ökologische Transformation, die

60 sich vor allem im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems abspielt.

65

Über welches Wachstum reden wir?

70 Wenn heute über Wachstum gesprochen wird – egal ob Pro- oder De-Growth – dann geht es

75 meistens um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Größe. Veränderungen im

inflationbereinigten Bruttoinlandsprodukt werden bei positiver Entwick-

80 lung als

Wachstum bezeichnet. Dabei ist das Bruttoinlandsprodukt aus vielerlei
85 Hinsicht die

falsche Metrik: Wenn beispielsweise ein Hauseigentümer sein Haus an eine
90 andere

Person verkauft, die das Haus wiederum an den ursprünglichen Eigentümer
95 vermietet,

ist zwar das Bruttoinlandsprodukt gestiegen, es hat sich aber qualitativ
100 nichts

verändert.
105

110 Das BIP gibt außerdem keine Aussage darüber, in welchen Branchen Wach-
tum

115 stattgefunden hat. Gerade die große Menge überwiegend von FINTA*-
Personen (Frauen,

120 Inter, nicht-binäre und Trans Personen)

125 geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit würde beispielsweise ein enor-
mes

130 Wirtschaftswachstum generieren, wenn sie politisch gewollt professionali-
siert werden

würde. Die Auswirkungen auf die Erderwärmung wären dabei enorm
135 überschaubar.

140

Wirtschaftswachstum - we don't care

145 Unsere Forderung ist es, eine agnostische Haltung gegenüber wirtschaftli-
chem Wachstum

150 im Sinne einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts einzunehmen. Wachs-
tum per se ist

155 kein sozialistisches oder sozialdemokratisches Ziel, da alleine mehr erfasste
Güter

160 und Dienstleistungen nicht automatisch zu mehr Wohlstand führen. Insbe-
sondere in den

165 letzten Jahrzehnten ist die Vermögensungleichheit bei wachsender Wirt-

schaft stetig

170 größer geworden. Statt auf Wachstum, soll Wohlstand für alle in den Fokus rücken.

175 Aktiv für oder gegen Wachstum zu arbeiten, ist jeweils für sich auf unterschiedliche

180 Weise problematisch.

185

In den letzten 200 Jahren haben wir durch Steigerung von Produktion und

190 Ressourceneinsatz ein hohes Wohlstandsniveau in den Volkswirtschaften des globalen

195 Nordens geschaffen. Dies ging jedoch mit einer enormen Ausbeutung von Mensch und

200 Natur, insbesondere im globalen Süden einher. Eine Fortführung dieser Entwicklung –

205 umso mehr in der zunehmenden Geschwindigkeit – ist nicht innerhalb der planetaren

210 Grenzen darstellbar.

215

Wirtschaftspolitik muss sich daher zukünftig an anderen Zielen und nicht mehr an

220

einer Steigerung des BIP ausrichten: Viel entscheidender als zu messen und

225 vorzugeben, wie hoch der Gesamtwert aller Tauschgeschäfte in einer Volkswirtschaft

230 war oder sein soll, ist es, qualitative Aspekte wie die Zusammensetzung der

Wirtschaftsleistung und andere quantitative Aspekte wie den Grad der
235 Dekarbonisierung

oder die ökonomische Gerechtigkeit in den Blick zu nehmen und als Ziele zu
240 verfolgen.

Dabei spielt vor allem auch der individuell wahrnehmbare Wohlstand und
245 seine Mehrung

eine Rolle. Hierfür muss auf bestehende Messgrößen zurückgegriffen
250 werden und es

müssen zudem neue Messgrößen entwickelt werden.

255

260 Wir nehmen in der wirtschaftspolitischen Debatte aktuell vor allem zwei Positionen

265 wahr. Auf der einen Seite das Dogma des ständigen Wachstums und demgegenüber die

270 Forderung nach einem Ende des Wachstums und sogar eine Rückentwicklung der

275 Wirtschaft. Beide Positionen lehnen wir klar ab.

280

Vom aktuellen Wachstum profitiert nur das Kapital

285 Das Dogma des ständigen Wachstums argumentiert, dass sich durch ständiges

290 Wirtschaftswachstum der Wohlstand einer Volkswirtschaft vergrößern würde. Während es

295 zutreffend ist, dass es eine Bedingung für den Kapitalismus ist, sich auszu-
dehnen und

300 zu expandieren, um die Interessen des Kapitals zu befriedigen, ist empirisch
nicht

305 von der Hand zu weisen, dass sich in den vergangenen Jahren trotz kontinu-
ierlichem

310 Wirtschaftswachstum die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht
verbessert sondern

315 verschlechtert hat. Kurz: Von Wachstum profitieren aktuell also nicht in
erster Linie

320 diejenigen, die das Wachstum erwirtschaften, sondern vor allem diejenigen,
die über

325 die Produktionsmittel verfügen und sich die Arbeitskraft anderer aneignen.

330
Auch das Argument, dass sich nur durch eine wachsende Volkswirtschaft –
gemessen am

335
Bruttoinlandsprodukt – das System sozialer Sicherung finanzieren ließen,
ist nicht zu

340

halten. Die Frage des Sozialstaats ist keine Frage des Geldes, sondern eine Frage von

345

real verfügbaren Ressourcen. Würde das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr steigen, so

350

müsste man allerdings den Anteil der Ressourcen quantitativ erhöhen, der Menschen in

355

sozialen Berufen und Arbeitslosen zufließt oder aber die Qualität der Ressourcen

360

steigern, damit Menschen in sozialen Berufen und Arbeitslose keine Wohlstandsverluste

365

erleiden, wenn dieser absolut erhöht werden soll.

370

Weiterhin wird argumentiert, dass in einer wachsenden und expandierenden Wirtschaft

375

quasi automatisch neue Arbeitsplätze entstehen würden und für das Ziel der

380

Vollbeschäftigung daher kontinuierliches Wachstum nötig sei. Doch auch dieses

385

Argument lässt sich widerlegen: Weil die Produktivität einzelner Arbeitskräfte pro

390

Zeiteinheit z.B. durch technologischen Fortschritt aber auch durch Qualifizierung

395

stetig steigt, ist ein Anstieg der Produktivität und damit Wirtschaftswachstum

400

möglich, ohne dass dies zu mehr Beschäftigung führt.

405

De-Growth schadet denen, die arbeiten!

410

Die gegenteilige Perspektive ist diejenige, die zuletzt besonders durch Ulrike

415

Herrmanns Buch "Vom Ende des Kapitalismus" stark gemacht wurde. Aufgrund der harten

420

planetaren Grenzen sei es nicht mehr möglich, im heutigen Umfang zu produzieren.

425 Daraus resultiere die Notwendigkeit einer Deindustrialisierung und einer
Schrumpfung

430 der Wirtschaft, da wir über unsere Verhältnisse produzierten.

435

Während es richtig und wichtig ist, planetare Grenzen als Fragestellung in
die

440

wirtschaftliche Debatte einzubeziehen, wäre diese Antwort mit einem
massiven Verlust

445

an materiellem Wohlstand und sinnstiftender Erwerbsarbeit verbunden,
zwei zentralen

450

Säulen unserer Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft. Wir dürfen
daher

455

nichts unversucht lassen, um eine Deindustrialisierung trotz Einhaltung der

460

planetaren Kapazitäten – sowohl in Bezug auf Emissionen als auch in Bezug
auf

465

Ressourcenverbrauch – zu verhindern. Kurzfristig politisch herbeigeführte

Deindustrialisierung würde vor allem dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen ihre
470

Arbeitsplätze verlieren und damit nicht nur in existenzielle Not geraten,
475 sondern

auch die Teilhabe an der Gesellschaft verlieren. Ganze Regionen und Gebiete
480 wären

bedroht, das soziale Spaltungspotential ist enorm.
485

490 **Wohlstandsniveau halten ohne weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen: Wie**

495 **soll das gehen?**

500 Das Ziel unserer wachstumsagnostischen Haltung ist der größtmögliche Wohlstand bei

505 bestmöglicher Verteilung unter Einhaltung der planetaren Grenzen. Dafür braucht es

510

aus unserer Sicht drei konkrete Dinge:

515

1) Demokratische Entscheidung darüber, wofür Ressourcen und Emissionskapazitäten

520

verwendet werden: Schaut man sich an, welche Einkommensgruppen für welchen Anteil von

525

Emissionen verantwortlich sind, dann stellen wir schnell fest, dass es eine enorme

530

Ungerechtigkeit in der Verursachung der Klimakrise gibt. Wir wollen daher den

535

Ressourcenverbrauch und die Zuteilung von Emissionen demokratisch und nicht

540

marktwirtschaftlich entscheiden: In vielen Bereichen – Luxuskreuzfahrten, Privatjets

545

und ähnliches – lassen sich ohne Wohlstandsgefährdung der Vielen massive Einsparungen

550

vornehmen.

555

2) Aktive Transformation und Dekarbonisierung: Statt De-Growth braucht es aktive

560

Transformation. Durch aktives staatliches Handeln, hohe Investitionen und klare

565

Regularien ist es möglich, die Wirtschaft und auch die industrielle Produktion zu

570

dekarbonisieren. Die Potentiale für erneuerbare Energien sind nicht ansatzweise

575

ausgeschöpft, die technologischen Entwicklungen für emissionsärmere und

580

emissionsfreie Produktionstechniken stehen noch am Anfang. Ansätze aus der

585

Kreislaufwirtschaft und die Forderung nach einer Veränderung von Produktionsverfahren

590

hin zu einer Wiederverwendbarkeit von endlichen Rohstoffen ist nicht nur ökologisch

595

sondern auch demokratisch geboten, wenn wir uns nicht von rohstoffrei-
chen,

600

autokratischen Staaten erpressbar machen wollen.

605

610 3) Wir wollen die Kreislaufwirtschaft: Insbesondere für die Frage der Res-
ourcen –

615 Rohstoffe etc. – ist die Kreislaufwirtschaft viel diskutiertes und auch von
uns

620 unterstütztes Ziel. Wir wollen diesen Weg einschlagen und die Industrie
durch

625 ordnungsrechtliche Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft verpflichten. Aber die

Kreislaufwirtschaft allein wird dabei nicht der heilige Gral sein: Selbst bei
630 enormen

technischen Fortschritt wird es notwendig sein, dem Wirtschaftskreislauf
635 immer auch

neue Primärrohstoffe zuzuführen, deswegen muss die Regenerationsrate
640 von

Primärrohstoffen in die demokratisierte Planung von Produktion integriert
645 werden.

Deswegen ist es notwendig, dass dieser Aspekt gemeinsam mit den beiden
650 vorgeannten

umgesetzt wird.
655

660 Die Verfolgung dieser Ziele kann sowohl zu einem positiven als auch zu
einem

665 negativen Wirtschaftswachstum führen. Dies nehmen wir desinteressiert
zur Kenntnis,

670 weil wir uns auf unsere anderen qualitativen Ziele konzentrieren und diese
ins

675 Zentrum unserer Politik stellen.

680

Produktivkraftsteigerung ja – aber nicht wegen Wachstum sondern als Mittel zur

685

Arbeitszeitverkürzung

690

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum – gerade aus der

695

marxistischen Theorie heraus – diskutiert wird ist die Frage nach der Produktivkraft

700

der Arbeitnehmer*innen und deren Steigerung. Dazu halten wir folgendes fest:

705

710

Es gibt viele gesellschaftliche Herausforderungen und Aufgaben, die wir auch

715

zukünftig nur mit menschlicher Arbeitskapazität lösen können, dies gilt

beispielsweise in der Pflege und der Bildung. Die Steigerung der Produktivkraft der

720

725 Arbeitnehmer*innen z.B. in der Industrie oder dem Dienstleistungssektor
kann hierfür

730 Kapazitäten freisetzen. Auch Ingenieurleistungen, die für die Transformation

elementar notwendig sind, lassen sich nur mit menschlicher Arbeit erledigen. Wir
735

wollen die Produktivkraftsteigerung nutzen, um gesamtgesellschaftlich in
740 der Lage zu

sein, diese Probleme mit mehr Aufmerksamkeit und Kapazität zu adressieren.
745

750
Produktivkraftsteigerung ist also für uns grundsätzlich positiv. Aber nicht,
weil sie

755
zu einer Steigerung des Wirtschaftswachstums führt, sondern weil der
Anstieg der

760
Produktivität ein starkes Pfund in den Händen der Arbeitnehmer*innen
gegenüber

765
denjenigen ist, die ihre Arbeitskraft ausnutzen. Die Forderung lautet: weniger

770

Arbeitszeit bei gleichem Lohn. Von der Steigerung der Produktivkraft – die

775 gleichzeitig mit Verdichtung und damit auch mit Belastung der Beschäftigten

780 einhergeht – sollten vor allem die Arbeitnehmer*innen profitieren, dann ist sie für

785 uns auch ein erstrebenswertes Ziel.

790

(Nicht-)Wachstum international denken

795

Der globale Norden hat in den letzten Jahrhunderten im Vergleich zum globalen Süden

800

einen enormen Wohlstandszugewinn erlebt. Die globale Ungerechtigkeit ist dabei aber

805

weiter enorm. Die oben bereits genannte Demokratisierung von Ressourceneinsatz und

810

Emmissionsausstößen muss nicht nur national oder international innerhalb der EU

815

sondern global erkämpft werden. Die Geschichte ist voll von Ausbeutung des globalen

820

Südens. Daher ist es nur folgerichtig, dass Wohlstandssteigerungen in den kommenden

825

Jahren mit Priorität im globalen Süden angestrebt werden.

830

Der Anspruch der Menschen im globalen Süden auf eine Erhöhung ihres Wohlstands stellt

835

für uns eine genauso harte Grenze für unseren eigenen Ressourcenverbrauch im globalen

840

Norden dar, wie die planetaren Grenzen. Eine materielle Wohlstandsmehrung im globalen

845

Norden darf nur dann politisch gewollt und umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die

850

planetaren Grenzen eingehalten werden und der materielle Wohlstand im

globalen Süden

855

wachsen kann.

860

865 Doch sobald ein hohes materielles Wohlstandsniveau auch dort erreicht wurde, ist es

870 folgerichtig wie für den globalen Norden auch für den globalen Süden unsere

875 Sichtweise, dass andere Faktoren und Argumente in der Debatte mehr Gewicht bekommen

880 müssen und besser dazu geeignet sind, den Zustand von Volkswirtschaften zu

885 beschreiben. Wirtschaftswachstum sollte unserer Meinung nach generell nur angestrebt

890 werden, solange diese Zielsetzung auch zu realen, qualitativen Verbesserungen führt.

895 Wir erkennen an, dass diese Analyse zwar unserer sozialistischen und

internationalistischen Analyse entstammt, wir sie aber dennoch aus der

900

Sprecher*innenposition von Menschen aus einem ehemals kolonialisierenden Staat heraus

905

treffen. Deshalb und ganz generell maßen wir uns nicht an, für die Länder des

910

globalen Südens zu sprechen. Aufgabe unseres politischen Handelns ist es, ausreichend

915

große materiell-physikalische Spielräume offen zu halten, innerhalb derer die

920

Menschen im globalen Süden ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen können.